



© pixelkinder.com

LABg. Peter Binder

Für den vollen Erhalt der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt

Wenn ÖVP und FPÖ die AUVA reformieren, wollen sie vor allem die medizinische Versorgung herunterfahren um Abgabengeschenke an Unternehmen zu finanzieren.

Durch eine Reform der AUVA will die Bundesregierung eine Lohnnebenkostensenkung im Ausmaß von 500 Millionen Euro zugunsten der Unternehmen finanzieren. Diese Summe entspricht rund einem Drittel des gesamten jährlichen Aufwands der AUVA.

„Umgesetzt können derartig überbemessene Einsparungen nur durch entsprechende Einschnitte in den Leistungsbereichen Prävention, Unfallkrankenhäuser und Reha-Zentren werden. Denn die Verwaltungskosten machen mit zirka 50 Millionen Euro nur einen Bruchteil der angestrebten Einsparungen aus. Niemand kann etwas gegen sparsames Haushalten haben. Wenn die Bundesregierung mit FPÖ-Gesundheitsministerin Hartinger-Klein so überzo-

gen hohe Sparziele ausruft, will sie jedoch vor allem Abgabengeschenke an die beitragszahlenden Unternehmen auf Kosten der Versorgungssicherheit finanzieren. Das ist der wirkliche Hintergrund dieser Bestrebungen, der vor der Bevölkerung verdeckt bleiben soll“, kommentiert SPÖ-Landtagsabgeordneter Peter Binder.

Es darf aus SPÖ-Sicht zu keiner Aushöhung des Leistungsspektrums oder gar zu einer Auflösung der AUVA kommen. Für das UKH Linz, in dem täglich medizinische Spitzenleistungen für die oberösterreichische Bevölkerung erbracht werden, braucht es eine Bestandsgarantie. Unser Land ist auf die Bettenkapazitäten und die medizinischen Fachexperten im Unfallbereich angewiesen.